

Verena Osgyan (B'90/Die Grünen)

GUTE ARBEIT DURCH KOMMUNALE AUFTRAGSVERGABE!

- 1) Wie stellen Sie sicher, dass bei Auftragsvergaben der Stadt Nürnberg und ihrer Unternehmen ausschließlich Unternehmen den Zuschlag bekommen, die nach Tarif entlohnen und mitbestimmt sind?

Osgyan: „Das kann nur gewährleistet werden, wenn Tariftreue in den Betrieben als eine der Mindestanforderungen bei den Auftragsvergaben definiert wird. Das heißt, in den Ausschreibungen für Dienstleistungen muss dies als must-have enthalten sein. Dafür werde ich mich als Oberbürgermeisterin einsetzen.“

- 2) Welche Eignungskriterien müssen Anbieter einer Dienstleistung aus Ihrer Sicht noch erfüllen?

Osgyan: „Uns Grünen ist es ein wichtiges Anliegen, Ausschreibungen und die Beschaffung von Produkten und Dienstleistungen nach Sozial- und Umweltstandards vorzunehmen. Daher unterstützen wir den 2019 beschlossenen „Pakt zur nachhaltigen Beschaffung in den Kommunen der Europäischen Metropolregion Nürnberg“ und werden uns dafür einsetzen, dass die Ziele im Sinn einer nachhaltigen Entwicklung in der Stadtverwaltung umgesetzt werden. Dazu gehören unter anderem der Einsatz und Ankauf von fairen, nachhaltigen und biologisch und regional hergestellten Produkten und das Berücksichtigen von Arbeitnehmerrechten.“

- 3) Wie stehen Sie zur Privatisierung und Ausgliederung öffentlicher Dienstleistungen, und wo sehen Sie in Nürnberg Chancen für eine Rekommunalisierung?

Osgyan: „Einrichtungen der kommunalen Daseinsvorsorge wie zum Beispiel das Klinikum, die Trinkwasserversorgung oder die städtische Wohnungsbaugesellschaft WBG gehören in öffentliche Hand und dürfen auf keinen Fall privatisiert oder ausgegliedert werden. Wir setzen uns auch dafür ein, dass die Abfallwirtschaft wieder in die kommunale Hand übergeht. Bei städteplanerischen Maßnahmen werden wir alle Möglichkeiten in eigener Personalplanung ausschöpfen, bevor an Dritte vergeben wird.“

BEZAHLBARES WOHNEN!

- 1) Welche Rolle hat nach Ihrem Verständnis die Kommune auf dem Wohnungsmarkt, und welche Handlungsmöglichkeiten sehen Sie?

Osgyan: „Wir GRÜNE wollen alle verfügbaren Spielräume nutzen, die sich bieten um als Kommune mehr günstigen Wohnraum und eine Stadt der kurzen Wege mit hoher Wohnqualität zu schaffen und setzen hier vor allem auf die Zusammenarbeit mit der WBG. Als Eigentümerin kann die Stadt beispielsweise selbst Grundstücke ankaufen sowie diese nach sozialen und ökologischen Kriterien vergeben, um nachhaltige Bodenbevorratung zu schaffen. Eine neu geschaffene Stelle soll zudem gemeinschaftliche Wohnprojekte, Baugemeinschaften, Baugenossenschaften und soziale Wohnprojekte beratend unterstützen.“

- 2) Welche rechtlichen Instrumente halten Sie für geboten, um bezahlbaren Wohnraum zu schaffen, zu erhalten und die Bewohnerschaft vor zu starkem Mietanstieg und Verdrängung zu schützen (z.B. Stellplatzsatzung, Milieuschutzsatzung usw.)?

Osgyan: „Wir setzen uns für einen offensiveren Umgang mit dem Baugebot nach § 176 Baugesetzbuch ein. Mit diesem Instrument könnte die Stadt Nürnberg eine Bebauung mangelhaft genutzter Grundstücke erzwingen. Die

Verena Osgyan (B'90/Die Grünen)

baulichen Maßnahmen dürfen nicht zu einer Verschlechterung der Lebens-, Wohn- sowie Umweltbedingungen und zu einer Verdrängung von ökonomisch schlechter gestellten Bewohnerinnen und Bewohnern führen. Bei der Ertüchtigung und Sanierung bestimmter Wohnquartiere setzen wir uns dafür ein, dass die vorhandenen Grünflächen, Spiel- und Freizeitanlagen bleiben und erhalten werden.“

- 3) Wie sehen Sie die Verantwortung der Kommune, Menschen ohne ausreichendes Einkommen mit angemessenem Wohnraum zu versorgen?

Osgyan: „Wir werden in den kommenden Jahren beobachten können, dass die Mieten im frei finanzierten Wohnungsbau weiter ansteigen werden. Die Zahl der Haushalte mit Wohnberechtigungsschein hat sich deutlich erhöht. Deshalb ist der Bau von geförderten und bezahlbaren Mietwohnungen dringend voranzutreiben. Der Bedarf von Wohnungen für Alleinerziehende, Familien mit ein oder mehreren Kindern und Wohngemeinschaften ebenso wie für einkommensschwache Single- und Kleinhaushalte muss bei der Planung zukünftig berücksichtigt werden. Der steigenden Anzahl an Menschen, die bereits akut von Wohnungslosigkeit betroffen sind, müssen entsprechende Hilfsangebote seitens der Stadt gestellt werden wie z.B. das in Finnland erprobte Modell des „Housing First“. Wir setzen uns auch dafür ein, dass die Stadt Nürnberg die Mietübernahmegrenzen deutlich anhebt.“

EINE MENSCHEN- UND UMWELTVERTRÄGLICHE KLIMA- UND VERKEHRSPOLITIK!

- 1) Wie wollen Sie klimaschädliche Aktivitäten eindämmen und klimafreundliche fördern?

Osgyan: „Klimaschutz wird von mir ganz nach vorne gestellt, etwa mit einem städtischen Klimaschutzfonds über 150 Mio. Euro. Damit fördern wir Dachbegrünungen, die Anschaffung emissionsfreier Verkehrsmittel wie Lastenrädern und E-Bikes oder unterstützen die Einführung eines 365-Euro-Jahrestickets für alle und günstige Tages- und Seniorentickets. Überholte Großprojekte wie die Untertunnelung des Frankenschnellwegs sind dagegen aus der Zeit gefallen. Wir drängen zudem, dass die N-ERGIE ihren Kurs in Richtung 100% Erneuerbare Energien konsequent fortsetzt.“

- 2) Wie und bis wann wollen Sie das Ziel der Klimaneutralität unter Berücksichtigung sozialer Gerechtigkeit erreichen?

Osgyan: „Unsere Stadt soll bis 2035 klimaneutral werden, als Oberbürgermeisterin werde ich dafür sorgen, dass der Klimaschutzfahrplan der Stadt Nürnberg deutlich entschlossener umgesetzt wird. Der Stadtrat muss bei allen Entscheidungen die Klimarelevanz mitdenken und alle Projekte der Stadtverwaltung unter einen Klimavorbehalt stellen. Dabei müssen auf Basis der sozialen Gerechtigkeit auch die Auswirkungen des Klimas auf Menschen mit geringen Einkommen mitbedacht werden. Bereits jetzt treffen Klimafolgen insbesondere Menschen mit geringen Einkommen und in den deutlich schlechter aufgestellten Stadtteilen mit weniger Grün und viel versiegelter Fläche.“

- 3) Wie sollen die gesundheitsschädlichen Auswirkungen der städtischen Erhitzung abgewendet werden, welche vor allem für ältere Menschen und Kranke in den Sommermonaten schon jetzt enorme Einschränkungen und Gefahren bedeuten?

Osgyan: „Die Klimafolgen sind insbesondere bei Kindern, Seniorinnen und Senioren sowie Kranken als erstes und deutlich zu spüren. Akut muss die Stadt Nürnberg einen Hitzeaktionsplan vorlegen, um Schutzmaßnahmen für

Verena Osgyan (B'90/Die Grünen)

besonders sensible Personengruppen treffen zu können. Längerfristig ist hier die Stadtplanung gefragt – Brunnen aktivieren, Trinkwasserversorgung ausbauen, Bäume pflanzen, Dächer begrünen und eine schnelle Verkehrswende herbeiführen für bessere Luftqualität und ein besseres Mikroklima. Wir legen den Augenmerk dabei besonders auf dichtbebaute Stadtteile wie etwa Schweinau.“

DEMOKRATIEBEWEGUNG STATT RECHTSRUCK

- 1) Mit welchen konkreten Maßnahmen wollen Sie Menschen und Institutionen in ihrem demokratischen Handeln unterstützen?

Osgyan: „Ich möchte als Oberbürgermeisterin – auch persönlich – alle Initiativen und Einrichtungen, die für Gleichberechtigung und gegen Diskriminierung jeder Art kämpfen unterstützen und alle Bemühungen fördern, Kinder und Jugendliche gegen Extremismus zu stärken. Auch müssen wir überlegen, wie wir es schaffen besonders betroffene Gruppen zu schützen. Wir müssen uns mit der jüdischen Gemeinde in Nürnberg zusammensetzen und einen Sicherheitsplan ausarbeiten, der trägt. Auch mit muslimischen und migrantischen Gruppen müssen solche Dialoge ergebnisorientiert geführt werden.“

- 2) Wie werden Sie eine bessere Integration von Geflüchteten in unsere Stadtgesellschaft fördern?

Osgyan: „Wir wollen, dass Nürnberg auch durch sein Handeln beweist, dass es den Titel „Stadt der Menschenrechte“ zu Recht führt. Dazu soll die Stadt sich gegen Abschiebeflüge vom Nürnberger Flughafen einsetzen. Besonders setzen wir uns dafür ein, dass die 3+2-Regelung auch in Nürnberg konsequent umgesetzt wird. Im Netzwerk der sicheren Häfen soll sich die Stadt für eine dauerhafte humanitäre Lösung zur Aufnahme Geflüchteter stark machen. Wir brauchen mehr Transparenz bei den Verwaltungsverfahren, damit Geflüchteten verstehen, welche Maßnahmen sie nutzen können und welche Rechte und Pflichten sie haben.“

- 3) Wie wollen Sie bessere Beteiligungsmöglichkeiten und mehr Transparenz bei kommunalen Entscheidungen erreichen?

Osgyan: „Wir fordern eine Transparenzsatzung und setzen uns für eine Liveübertragung von Stadtratssitzungen ein. Zudem muss das Internetangebot der Stadt Nürnberg dringend übersichtlicher und bürgerfreundlicher gestaltet werden. Wir wollen mehr und bessere Beteiligungsangebote, beispielsweise über öffentliche Gruppenpetitionen. Wer 2.500 Unterstützende für eine Petition nachweisen kann, soll Anhörungsrecht im zuständigen Fachausschuss des Stadtrats und ein Anrecht auf eine qualifizierte Stellungnahme bekommen.“